

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ersteinst  
in allen Verträgen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 1. 20  
monatlich 40 Pf.  
bei allen württ. Postanstalten  
und Bots in Arie- u. Nach-  
barstaaten werthl. M. 1.  
ausserhalb desselben M. 1.  
Neuzustellergeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meißern,  
Enzklösterle u.  
mit  
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Harmonizelle.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Politzeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabat.  
Abonnement  
nach Uebereinkunft  
Telegraph-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 21.

Montag, 27. Januar

1908

### Das preussische Wahlrecht vor dem Reichstag.

Noch zitterte in allen liberalen Kreisen die Erregung nach, die die Erklärung des Ministerpräsidenten v. Bülow in der preussischen Abgeordnetenversammlung am 10. Januar hervorgerufen hatte. Aus den Meinungsäusserungen, aus den Resolutionen, aus den Demonstrationen hätte Herr v. Bülow erkennen müssen, daß es eine verflucht ernste Sache ist, aber die mit einem Gleichmut hinweggegangen ist, als ob es sich um eine Novelle zur Begordnung zwischen Posen und Pommern handelte. Es hat ja nicht an Stimmen gefehlt, die gemeint haben, der freundliche Bernhard habe es gar nicht so gemeint, wie die Freisinnigen ihn verstanden hätten, ja die „Tante Boff“ hat vor wenigen Tagen geglaubt, feststellen zu dürfen, daß die Erklärung Bülows im Abgeordnetenhaus nur „ungefähr“ abgefaßt gewesen sei. Der beabsichtigte Sinn der Erklärung sei nur gewesen, die Regierung könne die Aufnahme der geheimen Stimmabgabe in die zugesagte Vorlage „nicht in Aussicht stellen“. Ob in einem neuen Wahlgesetz die geheime Abstimmung anzuordnen sei, werde und müsse der Entscheidung des nächsten Landtags überlassen bleiben. Der Ministerpräsident habe keineswegs eine Ablehnung der geheimen Abstimmung durch die Regierung angekündigt, falls das neue Abgeordnetenhaus eine solche beschliesse.

Nun hätte der freundliche Bernhard, der Freund Bismarcks und Ahlands, Gelegenheit gehabt, seine Ungeschicklichkeit zu reparieren, er hätte, wenn es wirklich so gewesen wäre, wie die Boff, z. B. annehmen, im Reichstag erklären können: „Meine Herren, ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, ein Mißverständnis aufzuklären, das wie mir scheint, durch meine zu kurze Erklärung im preussischen Abgeordnetenhaus hervorgerufen worden ist.“ Was tut aber Herr v. Bülow? Er schreit es ab, über diese „preussische Angelegenheit“ im Reichstag zu sprechen, nicht einmal ein Bitat, wie der Abg. Träger satirisch bemerkt hat, bekam man zu hören,

er pfeift auf die Meinung des Reichstags und auf die Liberalen in der Wahlrechtsfrage, und verfährt damit den Unmut, der sich in liberalen Kreisen angehäuft hat.

Ueber die Berechtigung der Interpellation braucht man nicht zu streiten. Payer hat die Berechtigung mit zwingender Logik nachgewiesen. Das preussische Ministerium sitzt mitten im Bundesrat. Und noch ein anderes Wort hat Payer zur Begründung herangezogen, das Wort, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts dem Staatswohl nicht entspreche. Payer hat dieses Wort mit Recht als eine despektierliche Kritik bezeichnet. „Das geheime Wahlrecht wird als ein Stück politischer Moral bei uns in Süddeutschland betrachtet“. Darin liegt der Kern der Bayerischen Ausführungen. Der Unterschied zwischen Süddeutscher Moral und Junkermoral zeigte sich sodann sofort in den Ausführungen des offiziellen Redners der Konservativen, der zwar bürgerlicher Abkunft ist, der aber die ernste Frage mit einem solchen Jynismus und einer so unpassenden Scherzhaftigkeit behandelte, daß er wohl würdig ist, demnächst auch durch die Verleihung eines Adels-titels seinen Fraktionsgenossen vom Schlage eines Herrn v. Odenburg-Zamschau gleichgestellt zu werden. Der Herr brachte es denn auch fertig, daß ein Skandal entstand, wie man ihn sonst nur im Parlament an der blauen Donau bei den Nationalitätenkämpfen gewohnt ist. Freilich haben die Sozialdemokraten dem konservativen Redner die Munition selbst geliefert, mit der sie später beschossen wurden. Es war sicher eine ebenso große Ungeschicklichkeit, mit der Wahlrechtsklärung eine Interpellation über Polizei und die Straßendemonstration zu verbinden. Damit gaben sie dem Reichskanzler den Stoff zu einem wirkungsvollen Abgang. Denn man mag sich zu solchen Demonstrationen stellen wie man will, wenn die Ordnung gestört wird, so wird derjenige des Beifalls sicher sein, der zur Ordnung ruft. Mit solchen Straßendemonstrationen ist es etwas eigenartiges. So lange die Masse in Ordnung auf der Straße sich bewegt, wird sie wie jede Massenbewegung, einen imponierenden Eindruck machen. Wird die Ordnung aber gestört, dann

schlägt der Eindruck sofort ins Gegenteil um. Von den Verantwortlichen war sicher nur der erste Eindruck beabsichtigt, es gibt aber Elemente, die am Radau eine Freude haben und es bedarf nur der kleinsten Störung oder Provokation, um die bei solchen Anlässen ohnehin gesteigerte Temperatur zur Siedehitze und zur Explosion zu bringen. Wenn man nun vollends in Preußen und gar in Berlin demonstriert, wo der Säbel leichter haut und die Plinte leichter schießt, dann muß man von vornherein mit Zusammenstößen rechnen. Diese aber haben zweifellos eine Verurteilung aller Störenfriede zur Folge und es muß der Unschuldige mit dem Schuldigen büßen. Deshalb sind Straßendemonstrationen ebenso tödlich als gefährlich. In einem Berliner freisinnigen Blatt, das zudem zu dem Bloßlegern zählt, wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß ein in seinen Rechten gekränktes Volk durch seinen Respekt vor der Ordnung den Beweis politischer Reife erbringen soll und es sei falsch, allen Hasenfäßen den Vorwand zur Verbrüderung mit den reaktionären Scharmachern zu liefern. Das ist was zu den Straßendemonstrationen gesagt werden muß.

Und nun noch die Frage, wie steht's mit dem Bloß? Die freisinnigen und demokratischen Redner haben keinen Zweifel gelassen, daß sie zur Politik Bülows kein Vertrauen mehr haben. Der Abgeordnete Payer hat erklärt: „Wir werden in nächster Zeit bei jeder einzelnen uns zur Entscheidung vorliegenden Frage die Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar in die Waagschale legen.“ Kechnlich hat sich der Senior der Freisinnigen Volkspartei, Albert Traeger, ausgesprochen. Das ist Biefen zu wenig, diese hätten erwartet, daß klipp und klar ausgesprochen worden wäre, wir tun überhaupt nicht mehr mit. Allein es ist ein anderes, einen Artikel zu schreiben oder in einer Volksversammlung zu reden und ein anderes, im Parlament verantwortungsvolle Beschlüsse zu fassen. Soviel steht fest, eine Trojpolitik wollen unsere Abgeordnete nicht mitmachen, das hat Payer offen ausgesprochen, in der Sache selbst aber scheinen mehr Unterschiede des Temperaments als des Willens vorzuliegen. Daß ohne Rücksicht auf den Bloß gehandelt wer-

### Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

(Fortsetzung.)

Aber der lähne Mann beginnt nun erst sein Werk. Er holt ein anderes Tau heraus und legt es als drehbaren Ring unter dem Turmknopf um die Stange. Daran befestigt er den Flaschenzug mit drei Kolben, an den Flaschenzug die Ringe seines Fahrzeugs. Ein Seilbrett mit zwei Ausschnitten für die herabhängenden Beine, hinten eine niedrige, gekrümmte Lehne, hüben und drüben Schiefer-, Nagel- und Werkzeugkasten; zwischen den Ausschnitten vorn das Hauweisen, ein kleiner Umbock, darauf er mit dem Deckhammer die Schiefer richtet, wie er sie eben braucht; dies Gerät von vier starken Tauen gehalten, die sich oberhalb in zwei Ringe für den Hals des Flaschenzugs vereinigen, das ist der Hängestuhl, wie er es nennt, das leichte Schiff, mit dem er hoch in der Luft das Turmdach umsegelt. Mittels des Flaschenzugs zieht er sich mit leichter Mühe hinauf und läßt sich herab, so hoch und tief er mag; der Ring oben dreht sich mit Flaschenzug und Hängestuhl, nach welcher Seite er will, um den Turm. Ein leichter Fußstoß gegen die Dachfläche setzt das Ganze in Schwung, den er einhalten kann, wo es ihm gefällt. Bald bleibt kein Menschenkind mehr unten sehen und sieht herauf; der Schieferbedeckter und sein Fahrzeug sind nichts Neues mehr. Die Kinder greifen wieder zu ihren alten Spielen. Die Dohlen gewöhnen sich an ihn; sie jehen ihn für einen Vogel an, wie sie sind, nur größer, aber friedlich, wie sie; und die Wolken hoch am Himmel haben sich nie um ihn gekümmert. Die Damen reiden ihm die Aussicht. Wer konnte so frei über die grüne Ebene hinsehen und wie Berge hinter Bergen hervorstechen, erst grün, dann immer blauer, bis wo der Himmel, noch blauer, sich auf die letzten fählt! Aber er kümmert sich so wenig um die Berge, wie die Wolken sich um ihn. Tag für Tag hantiert er mit Klodeisen und Klaue, Tag für Tag hämmert er Schiefer zurecht und Nägel ein, bis er fertig ist mit Hämmern und Nageln. Eines Tages sind Mann, Fahrzeug, Leiter und Ausrüstung verschwunden. Das Entfernen der Leiter ist so gefährlich, als ihre Befestigung, aber es faltet niemand unten die Hände, kein Mund rührt des Mannes Tat zwischen Himmel und Erde. Die Krähen wundern sich eine ganze Woche lang, dann ist es, als hät-

ten sie vor Jahren von einem seltsamen Vogel geräumt. Tief unten lähnt noch das Gemähl der Wanderer der Erde, hoch oben gehen noch die Wanderer des Himmels, die stillen Wolken, ihren großen Gang, aber niemand mehr umfliegt das steile Dach, als der Dohlen trähzender Schwarm.

Apollonius hatte zum Behufe seines Gutachtens noch manche Untersuchungen angefaßt; das Turmdach war mit Metall gedeckt; diese Dede lag schon nah an zweihundert Jahre. Als er sie auf seinem Fahrzeuge umfuhr, fand er die Metallplatten der völligen Auflösung nah. Das hatte er gefürchtet. Bleibedekung auf hohen Gebäuden kommt ungleich teurer, als Deckung mit Schiefer, wenn man diesen in der Nähe hat. Den Schieferbedarf nimmt der Deder in seinem Fahrzeug mit hinauf, das kann er mit den ungleich schwereren Bleiplatten nicht. Die ganze Deckung besorgt der Arbeiter von seinem Fahrzeuge aus; Bleibedekung macht feste Gerüste nötig. Apollonius tat den Vorschlag, auch das Turmdach mit Schiefer einzudecken. Der Bleichschmied, ein Bedeutender, wandte zwar ein, die Alten hätten die Sache so gut verstanden, als die Leute in Köln — das sollte ein Stich auf Apollonius sein. Und der Bruder war damit einverstanden; hätten die Alten gemeint, Schiefer tue es so gut als Blei, sie hätten gleich Schiefer genommen. Damals waren eben noch keine Schiefergruben in nächster Nähe vorhanden; der Schiefer hätte weit hergeholt und so die Schieferbedeckung teurer kommen müssen, als die mit Blei. Das Kirchengdach war damals mit Ziegeln und erst später, da die Schiefergruben in der Nähe schon im Gange, mit Schiefer gedeckt worden. Das wußten der Bleichschmied und Frey Kettenmair nicht oder wollten es nicht wissen. Den letzteren bräute das wachsende Ansehen des Bruders. Aber Apollonius wußte es und konnte damit den Einwurf entkräften.

Sein Vorschlag war angenommen worden. Man wollte die ganze Leitung der Reparatur in Apollonius' Hände legen. Um seinen Bruder nicht zu kränken, bat er davon abzusehen. So wenig wollte er den Bruder kränken, daß er nicht einmal aussprach, warum er so bitte. Er war von Köln her gewohnt, selbständig zu handeln; wie er seinen Bruder wiedergefunden hatte, sah er manche Hemmung durch ihn voraus. Er wußte es, er lud sich eine schwere Last auf, als er dem Bauherrn versprach, die Sache soll unter dem zweifelspigen Regiment nicht leiden. Der wadere Bauherr, der Apollonius erriet und ihm

darum nur mehr achtete, schaffte ihm die Genehmigung des Rates und nahm sich im Stillen vor, wo es nötig sein sollte, seinen Liebling und dessen Anordnungen gegen den Bruder zu vertreten.

Es war eine schwere Aufgabe, die Apollonius sich gesetzt; sie war noch viel schwerer, als er wußte. Sein Hiersein hatte den Bruder von Anfang an nicht gefreut; Apollonius schob das auf den Einfluß der Schwägerin; er war ihm seit dem noch fremder geworden — kein Wunder, Apollonius hatte ja bereits des Bruders Eitelkeit und Ehrsucht kennen gelernt; dieser fühlte sich durch das, was seither geschehen, gegen Apollonius zurückgesetzt. Den Widerwillen der Schwägerin meinte Apollonius durch Zeit und redliches Mäßen, die gekränkte Ehrsucht des Bruders durch äußere Unordnung zu verfühnen. War kein weiteres Hindernis vorhanden, durfte er hoffen, die Aufgabe, so schwer sie schien, zu lösen. Aber was zwischen ihm und dem Bruder stand, war ein anderes, ein ganz anderes, als er meinte. Und daß er es nicht kannte, machte es nur gefährlicher. Es war ein Argwohn, aus dem Bewußtsein einer Schuld geboren. Was er tat, die vermeinten Hindernisse aus dem Weg zu räumen, mußte das wirkliche nur wachsen machen.

Wäre er nicht zurückgekommen! hätte er dem Vater nicht gehorcht! wäre er draußen geblieben in der Fremde!

An der Turmspitze hängt das Feuerzeug; nun wird es auch auf dem Kirchengdach lebendig. Klüfftige Hände hämmern den Seilhasen in die Verschalung und schleifen mit starkem Tau den Dachstuhl daran. Er besteht in zwei Dreiecken, aus festen Dohlen zusammengezimmert. Der Neigungswinkel des Daches hat das Verhältnis seiner Seiten bestimmt. Denn unten liegt er stromunwunden in ganzer Breite auf der Dachfläche auf, während er oben die querüberlegten Bretter wagrecht emporhält. Darauf steht oder kniet der hämmernde Schieferbedeckter; neben ihm handrecht hängt der Kasten für Nägel und Schieferplatten, mit seiner Hasenspitze in die Verschalung eingetrieben.

Apollonius überließ dem Bruder die Ueberweisung der Arbeit. Frey Kettenmair that erst wunderbar, indem er zu verstehen gab, er meine, Apollonius sei gekommen, hier den Herrn zu spielen und nicht den Diener. Es lag in der argwöhnischen Richtung, die sein Denken einmal angenommen, allem, was der Bruder tun mochte, eine Absicht, eine planmäßige Berechnung unterzuliegen. (Fortsetzung folgt.)

ben soll, das spricht neben Bayer auch Raumann aus. In einem Artikel, der schon vor der Interpellationsdebatte für die „Hilfe“ geschrieben war, sagt Raumann: Ohne den Beschlüssen vorzugehen zu wollen, die erst noch gefasst werden sollen, können wir sagen, daß alle drei linksliberalen Parteien ihrer Mißbilligung über Bülow's Verhalten einen kräftigen Ausdruck geben werden. Das aber wird alles sein, was von ihnen zur Stunde getan werden kann, weil die wirklichen Entscheidungen über die Politik des Reichstanzlers erst dann möglich sind, wenn es zu Abstimmungen über seine Gesetzesvorlagen kommt, also vermutlich hinter der Staatsberatung. Man kann zwar nicht wissen, ob es nicht vorher eine kleine Gelegenheitsabstimmung gibt, bei der sich die veränderte Gruppierung äußert, aber direkt wahrscheinlich ist das nicht. Bis zu den entscheidenden Abstimmungen hat aber jede Erklärung, und sei sie noch so scharf, den Wert einer Drohung, deren Erfolg man abwartet. Die Sache verläuft weniger dramatisch, als ein großer Teil unserer Freunde verlangt, ist aber deshalb nicht weniger ernst und gefährlich. Vorläufig muß es genügen, daß von den Vereinen und vom Parteivorstand ausgesprochen wird, daß für unser praktisches politisches Verhalten der Bloß keine Rolle spielt. Wir arbeiten ohne Rücksicht auf den Reichstanzler nur nach den eignen Grundsätzen des Liberalismus. Das haben wir in Wirklichkeit schon bisher getan, aber auch in der äußeren Form werden die Bloßrücksichten geringer werden, wie es bereits in dieser Woche die Reden von Kaempf, Gothein und Potthoff nicht an Entschiedenheit fehlen lassen. Auch in den Kommissionen wird ohne Rücksicht auf Bloßfreundschaft vorgegangen werden, was umso selbstverständlicher ist, als auch die Konservativen in der „Neuzeitung“ erklären, daß sie sich in der Kommission für das Verleumdungsgesetz nicht mehr durch Rücksichten auf den Liberalismus wanken lassen. Die Herren Konservativen haben nie viel Feindschaft mit dem Bloß gemacht und sollten sich deshalb nicht erst die Mühe geben, über das selbständige Vorgehen der Linksliberalen Krokodilstränen zu vergießen. Wir nehmen uns nur die Freiheit, ebenso zu handeln, wie sie es immer getan haben.

Das letztere ist, was die Wählergruppen erwarten. In dieser Beziehung sind die Aussprüche bereits sehr deutlich ausgefallen.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin, 24. Jan.** Am Bundesratssitzung die Staatssekretäre Fehr. v. Stengel und v. Schön. Der Präsident Graf v. Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung der Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention.

Damit verbunden wird die Beratung des gestern eingebrachten Antrages des konservativen Abg. Schwerin-Löwitz, das Zuckergesetz vom 1. April 1909 ab dem 1. April 1910 abzuändern, daß die Zuckerversteuerung auf 10 Mark für 100 Kilogramm Reingewicht festgesetzt und der Reichstanzler, falls die Steuer 1909, 1910 und 1911 weniger als 140 000 000 Mk. einbringt, ermächtigt wird, zur Deckung des jeweiligen Fehlbetrags eine Anleihe aufzunehmen.

Staatssekretär Fehr. v. Stengel führt aus: Nachdem Großbritannien im Juni 1907 erklärt hat, den Zuckervertrag über den 1. September 1908 nicht fortsetzen zu können, sofern es nicht von der Verpflichtung zur Anwendung von Ausgleichsmaßnahmen gegen den Prämienzucker befreit werde, ist die Lage zu Ungunsten der deutschen Zuckerindustrie verändert worden. Es mußte der Gefahr begegnet werden, die sich aus der Einfuhr von Zucker aus Rußland nach Großbritannien für die deutsche Zuckerausfuhr ergibt. Der Staatssekretär gibt unter lebhafter Unterstützung des Hauses einen Überblick über die bisherigen Verträge. Zu dem Antrag Schwerin-Löwitz bemerkt er, daß er ebenfalls grundsätzlich für eine Ermäßigung der Zuckerversteuerung sei, daß aber für einen Ersatz des Ausfalls gesorgt werden müsse. Redner verliest eine Erklärung der verbündeten Regierungen, daß der deutschen Ausfuhr das englische Abzugsgebiet, auf das sie in erster Linie angewiesen sei, künftig vollständig nicht mehr in demselben Maße wie bisher offen stehe. Im Interesse der Landwirtschaft sowohl wie der Industrie und auch der Konsumenten seien die verbündeten Regierungen bereit, einem von diesem hohen Hause geäußerten Wunsch auf Herabsetzung der Zuckerversteuerung Rechnung zu tragen und dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin die Zuckerversteuerung von 14 auf 10 Mk. ermäßigt wird. Dies könne aber nur geschehen, wenn auch ein ausreichender Ersatz für den Einnahmeausfall geschaffen werde.

Graf Schwerin-Löwitz (kons.) begründet seinen Antrag, der von den Freikonservativen, der wirtschaftlichen Vereinigung, den Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums unterstützt wird. Redner sagt, ein Ausfall der Zuckerversteuerung werde kaum entstehen, weil mit einer erheblichen Steigerung des Konsums gerechnet werden könne. Jetzt heiße es eben entweder: Entweder eine Zuckerversteuerungsmäßigung und Verbilligung des Zuckers und damit eine Steigerung des inländischen Verbrauchs und Verzicht auf ein Zuckertariff, oder ein Zuckertariff unter Verzicht auf Herabsetzung der Zuckerversteuerung. Die Lage der Zuckerindustrie sei sehr ernst, da sie heute schon vor der Frage stehe, ob sie im Jahre 1909 bei der Verteuerung des Rübenbaues und bei den niedrigen Zuckerpreisen überhaupt den Betrieb aufrecht erhalten könne. Redner beantragt Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. v. Olenhausen (Welfe) spricht namens des Zentrums und wünscht eine Herabsetzung der Konsumsteuer für Zucker; sonst sei zu prüfen, ob es nicht besser sei, den freien Verkehr mit Zucker wiederherzustellen und die Zuckerkonvention aufzuheben. Dem Antrag des Grafen Schwerin-Löwitz trete er durchaus bei.

Wiemer (fr. Vg.) behält sich seine definitive Stellungnahme für die Kommission und die zweite Lesung

vor. Die Brüsseler Konvention habe durchaus günstige Folgen gehabt. Die Verhältnisse auf dem Zuckermarkt haben sich erheblich gebessert.

Paasche (natl.): Seine Partei würde der Zusatzakte zur Konvention beitreten. Die Herabsetzung der Steuer würde ein vorübergehender Ausfall sein, der sich jedoch bald ausgleichen würde. Die Konvention mit Rußland ist von ganz geringem Nutzen. Aus einer Ermäßigung der Zuckerversteuerung würden Konsumenten und Industrielle Vorteile haben.

Südekum (Soz.): Die Agrarier sind zu jedem Opfer bereit, wenn sie den Vorteil davon haben. (Heiterkeit.) Wir stimmen dem Antrag nicht zu.

Grasli (Folk): Der Zusatzakte werde seine Partei nur zustimmen, wenn die Verbrauchsabgabe von 14 auf 10 Mark und zwar bis spätestens 1. April 1909 herabgesetzt werde.

Gothein (fr. Vg.): Besonders erfreulich ist die Zuckerkonvention für uns nicht. So sehr ich eine Herabsetzung der Zuckerversteuerung wünsche, so muß ich doch verlangen, daß zunächst anderweitige Einnahmen geschaffen werden.

Vogt-Hall (wirtsch. Vg.) protestiert gegen die Späte Vorlegung dieser Frage und stimmt dem Antrag Schwerin-Löwitz zu.

Staatssekretär v. Stengel: Eine schnellere Vorlegung war nicht möglich. Es handelt sich jetzt darum, ob eine neue Konvention oder ein vertragsloser Zustand eintreten soll. Eine neue Konvention würde vorteilhafter sein.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. v. Verghen (Rp.) und Reumannhofer (fr. Vg.) wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung Flottengesetz und zweite Staatsberatung.

**Berlin, 24. Jan.** In der Budgetkommission des Reichstages begründete bei der Beratung des allgemeinen Pensionsfonds Abg. Erzberger seinen Antrag, allen Militärärzten eine Pension von 2000 Mark zu sichern. Hinsichtlich einer Reihe von schwebenden Prozessen wegen Pensionsforderungen wurde seitens der Regierung erklärt, daß die gesetzlichen Bestimmungen von der Finanzverwaltung nicht anders ausgelegt werden könnten als von der Militärverwaltung. Hierauf wird der Antrag Erzberger einstimmig angenommen. Nächste Sitzung am 29. Januar.

### Rundschau.

#### Zur Reichsfinanzreform.

Am Dienstag hat, so berichten die Hamburger Nachrichten, im Bundesratssitzung des Reichstages eine Privatbesprechung des Reichsschatzsekretärs Fehr. v. Stengel und des preussischen Finanzministers v. Rheinbaben mit mehreren Abgeordneten über die Reichsfinanzreform stattgefunden. Der Reichsschatzsekretär soll dabei den Gedanken angeregt haben, unter anderem die Beiträge der Einzelstaaten auf den Kopf von 10 Vg. auf 80 Vg. zu erhöhen. Für Preußen habe Rheinbaben die Zustimmung gegeben, obwohl er noch nicht wisse, durch welche Steuererhöhung diese erhöhten Matritularbeiträge eingezogen werden können. Andere Vorschläge hätten sich auf die Erbschaftsteuer bezogen, die die Einzelstaaten zum größten Teil dem Reich abtreten sollten. Das Reich solle auch in den Fällen Erbe werden, wo kein Testament vorliegt und nahe Verwandte des Erblassers nicht vorhanden seien.

#### Preussisches Wahlrecht und Reichspolitik.

Erlangen, 24. Jan. Der Nationalsozialer Verein, Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen, faßte in einer Versammlung folgende Resolution: Der Verein bedauert aufs tiefste die schwächliche Haltung der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung gegenüber dem Reichstanzler, der durch seine Wahlrechtsklärung im preussischen Abgeordnetenhaus jeglichen demokratischen Liberalismus ausschließen provoziert hat. Die Erlanger Ortsgruppe erwartet, daß die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung sich unverzüglich von der sie schwer compromittierenden Wahlpolitik löst, und daß der Parteivorstand in aller nächsten Zeit einen außerordentlichen Delegiertenkongress einberuft, damit die Fraktion die Stimmung der Organisationen im ganzen Reich kennen lernt, mit denen sie im Reich des Bloß die Fühlung aufeinander völlig verloren hat. Der Erlanger Verein erklärt, daß seine Sympathien durchaus der demokratischen Richtung der Führer Barth, Verlaß, Freisinnigkeit angehören. Außerdem wurde beschlossen, einen sofort einzuberufenden bayerischen national-sozialen Delegiertenkongress zu beantragen, auf dem der Landesverband Stellung nehmen soll zu der politischen Haltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Raumann.

Karlsruhe, 24. Jan. Auf eine in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer gestellte sozialdemokratische Anfrage, was die badische Regierung zu der vom Fürsten Bülow im preussischen Landtag abgegebenen Erklärung sage, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem „Staatswohl widerspreche“ würde, erwiderte Staatsminister v. Dusch alsbald, die badische Regierung lehne es ab, auf irgend eine Erörterung einzugehen. Sie habe kein Recht, sich in die Angelegenheiten eines anderen Bundesstaates einzumischen, ebensowenig wie sie selbst eine Einmischung von anderer Seite in die badischen Angelegenheiten wünschen würde.

#### Die Marokko-Angelegenheit in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer kam am Freitag die Interpellation Jaurès zur Behandlung. Jaurès wünscht Aufklärung über die Marokko-Angelegenheit und fordert die Kammer auf, Frankreich von den Marokko-Abenteurern zu befreien. Die Affäre am Sottat sei eine Warnung. Wenn Frankreich mit Abdul Aziz zusammengehe, werde es engagiert sein. Jaurès sagt, wenn Sie die Marokkaner nicht anders an sich fesseln können als mit Kanonenkugeln, so ist das ein Verbammungsurteil

der Intervention in Marokko, wo Frankreich für die anderen Mächte arbeitet. Nach Jaurès ergreift Ribot das Wort, der davor warnt, daß Frankreich in Marokko sich weiter engagiere, es müsse lediglich darauf gesehen werden, daß Frankreich die übrigen Europäer schütze. Hierauf nimmt der Minister des Äußern, Delcassé, das Wort. Er führte aus, daß Frankreich gegen seinen Willen zur Konferenz von Algiciras geführt worden sei. Es sei eine Ehre für Frankreich, gemäß der Algicirasakte seine Politik zu befolgen. Frankreich als die Macht, deren Einfluß überwiegend ist, dürfe keiner anderen Macht erlauben, an seine Stelle zu treten. Frankreich müsse handeln, um Marokko aus der Anarchie zu retten. Die Mittelmeerkräfte erkannten durch die geschlossenen Abkommen an, daß Frankreich dieses Recht zustehe. Auch der deutsche Reichskanzler hatte anerkannt, daß unsere Aktion allen zu Gute kommen müsse. Wir teilten dem Sultan von Marokko den französisch-englischen Vertrag sofort nach seinem Abschluß mit und erklärten ihm diesen Vertrag. Die Hegemonie Deutschlands in Europa war bedroht. Alle Nationen, denen die Unabhängigkeit Europas am Herzen lag, waren um Frankreich gruppiert. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.) Die Konferenz von Algiciras ließ die Möglichkeit eines Krieges voraussehen. Wenn Frankreich sein Recht auf seiner Seite hat, seine Allianzen und seine mächtigen Freundschaften, kann es Vertrauen zu sich selbst haben. (Lofender Beifall links, im Zentrum und rechts.) Jaurès rief dazwischen: Warum haben Sie ihn denn fallen lassen, wenn Sie ihm heute zjubeln? (Zu Delcassé gewandt): Wollen Sie herausfordern? In der Gefahr waren Sie recht klein. (Beifall auf der äußersten Linken.) Delcassé erwiderte: Sie sind getäuscht worden. Delcassé fuhr darauf fort: Gelegentlich Marokkos von Krieg sprechen, heißt denjenigen eine Beleidigung antun, denen man diesen Gedanken zuschreibt, sie haben es im Reichstag erklärt. Die Konferenz von Algiciras hat in Marokko einer Einmischung die Tür geöffnet. Für Deutschland wäre es besser gewesen, die Konferenz von Algiciras hätte nicht stattgefunden. Ohne die Konferenz wäre die nächste Veränderung der europäischen Lage nicht so klar in die Erscheinung getreten. Unsere Politik, die verständig ist, ist also keine Politik der Abenteuer gewesen. (Beifall links und im Zentrum.) Delcassé rechtfertigt dann alle von ihm eingeleiteten Annäherungen. Das friedliche Ziel der französischen Politik sei überall anerkannt worden. Das Reg der Freundschaften von Frankreich und seiner Allianzen ist seiner Freiheit zu nützlich, als daß darauf zu verzichten wäre. (Langanhaltender Beifall). Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt und die Sitzung geschlossen.

### Tages-Chronik.

**Berlin, 24. Jan.** Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine Aktion fortschrittlicher Frauenvereine gelungen, die den gemeinsamen Unterricht von Jungmännern und Jungfrauen in den oberen Klassen der Kadenschule befürwortet.

**Böln, 24. Jan.** Ein Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ meldet: Der stellvertretende Gouverneur in Togo meldete, daß in Accra (Goldküste) die Beulenpest ausgebrochen sei. Er habe aus diesem Grunde in den Landungspunkten Togos eine Quarantäne für Herkünfte aus den verheulten und den zunächst von der Seuche betroffenen Gebieten angeordnet.

**München, 24. Jan.** Barrer Würzberger in Klenheim in Bayern veröffentlicht in der „Münchener Abg. Zeitung“ einen Artikel, der sich mit der kirchlich-politischen Reaktion beschäftigt und sich scharf gegen die Anechtung des gesamten Katholizismus durch das Zentrum richtet. Würzberger hofft darnach, daß die derzeitige Reaktion eine katholische Freiheit- und Fortschrittspartei ins Leben rufen wird, und wünscht zu diesem Zweck eine Unterstützung durch ein Massenflugblatt, zusammengesetzt aus den Äußerungen von hervorragenden katholischen Gelehrten über die neue Lage der Katholiken.

**Leipzig, 24. Jan.** Infolge der seitens des Vereins der Seiden-Fabrikanten erfolgten Herabsetzung des Arbeitslohnes sind etwa 500 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Vereinsfabriken wurden geschlossen.

Der Berliner L.-A. meldet aus Düsseldorf: An der 24jährigen Tochter des Landwirts Widdel wurde ein Lustmord verübt. Der Ermordeten fehlten vier Zähne, die Leiche wies 12 Messerstiche auf. Der Täter ist verhaftet.

Aus Essen wird berichtet: Schwere Unglücksfälle ereigneten sich auf den Zechen „Eiberg“, „Eintracht Tiefbau“ und „Dahlbusch“. Sechs Bergleute sind tot, zwei davon sind noch verhaftet.

In Hamburg ist die Schifffahrt durch starken Nebel zum vollständigen Stillstand gebracht. Donnerstag nachmittag sind keine Seeschiffe in die Stadt gekommen. Aus Archhaven wird gemeldet, daß am Morgen wegen des Nebels Beobachtungen unmöglich waren.

#### Der Unfall der „Amsterdam“.

Der Korrespondent der Evening News in Hool van Holland meldet, daß die Schaluppe mit den fehlenden Personen der „Amsterdam“ in Hool van Holland eingetroffen ist.

### Aus Württemberg.

**Dienstschriften. Uebertragen:** Die erledigten fünf Stellen städtischer Rechnungsbaumeister im Bezirk des Straßens- und Wasserbauverwaltung der Regierungsbaumeister Fröhling in Cannstatt, Adolf Hauser in Ludwigsburg, Gustav Fröhner in Oberndorf, Friedrich Kämmerer in Calw und Jakob Verbecher in Göttingen, die erledigte Stelle eines städtischen Rechnungsbaumeisters beim technischen Bureau der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau dem Regierungsbaumeister Dr. Ing. Wilhelm Frank in Stuttgart.

In den Ruhestand versetzt: den Zeichenlehrer Dinkelader in Calw seinem Ansuchen gemäß.



**Wahlrechtsfrage der Liberalen.** Der Oberale Verein Stuttgart hat bei seiner Generalversammlung folgende Resolution gefasst:

Nach der jedem liberalen Empfinden Dohn sprechenden Erklärung des Fürsten Bälou zur preussischen Wahlrechtsfrage am 10. Januar d. J., auf die leider im preussischen Abgeordnetenhaus nicht mit schwäbischer Deutlichkeit erwidert worden ist und die auch im Reichstag eine schärfere Erwidrerung hätte erfahren dürfen, erachten wir es für unmöglich, von liberaler Seite noch eine Politik im Reiche mit den Konservativen zusammen zu machen, umsonst, als diese Partei ja doch auch in freibeitlichen Fragen der Reichspolitik zu keinerlei Konzessionen bereit ist.

**Vorausstellung 1908.** Am 21. ds. Mts. trat in dem großen Sitzungssaal des Landesgewerbemuseums eine Versammlung der sich an der Ausstellung beteiligenden Architekten zusammen, um aus ihrer Mitte den Prüfungsausschuss (Jury), der über die Zulassung von Plänen usw. zur Ausstellung entscheiden soll, zu bilden. In diesen wurden gewählt: Oberbaurat Eisenlohr, Architekt Eitel, Professor Th. Fischer, Baurat Hengerer, Professor Hummel, Baurat Lambert, sämtliche in Stuttgart; Vorsitzender ist der Vorstand der Beratungsgesellschaft für das Baugewerbe, Direktor Schmohl. Als weitere Mitglieder sind von der K. Zentralstelle für Gewerbe und Handel Professor Schöller und Regierungsbaumeister Heim, auf welche beide Seiten die nächsthöchsten Stimmzahlen fielen, berufen worden. Das Unternehmen selbst schreitet rüstig voran. An die Gewerbehalle muß, um der lebhaften Nachfrage nach Plätzen genügen zu können, eine Halle angebaut werden. Auch der Gewerbehalleplatz erscheint als kaum ausreichend, um die verschiedenen Sondergebäude aufzunehmen. Diese versprechen ein hervorragender Anziehungspunkt der Ausstellung zu werden; Einzelheiten hierüber sollen erst nach endgültiger Feststellung ihres Bestandes bekannt gegeben werden.

**Kedar-Donau-Bodensee.** Ueber württembergische Großschiffahrtspläne sprach in Ulm in einer vom Handelsverein und der Sektion Ulm-Neu-Ulm des Vereins für Seeburg der Rhein- und Kanalschiffahrt veranstalteten Versammlung Bauinspektor Eberhard in Stuttgart, der mit der Ausarbeitung der Pläne für die württembergischen Kanäle betraut worden ist. Es ist das erstmal, daß diese Pläne einer größeren Versammlung vorgelegt werden. Bekannt ist das Projekt des Kedar-Donaukanals, der von Kedarrems über Waiblingen, Schorndorf, Gmünd, Kalen, Heidenheim, Herbrechtingen, Oingen bis Danningen führt, wo er in den Donaukanal mündet. Der Kanal benutzt die Rems, den oberen Kocher und die Brenz. Er ist 18 Meter breit an der Sohle, 30 Meter breit am Scheitel und 2,2 Meter tief geplant und würde für 600 Tonnenschiffe fahrbar sein. Der Kanal ist also zweischiffig mit Ausnahme der drei Tunnel. Seine Länge ist 112 Kilometer mit 23 Daltungen, der Aufstieg zur Scheidehaltung beträgt 213 Meter, der Abstieg zur Donau 52 Meter. Zur Ueberwindung der Gefälle sind 15 Schleusen und 8 Heberwerke mit gleitender Ebene vorgesehen, die ersten, die für so große Schiffe zur Anwendung kommen würden. Neben diesen Bauten sind 10 Kanalschleusen, 77 Straßenbrücken, 5 Eisenbahnbrücken und 70 Sicherheitswerke notwendig. Die Gesamtkosten werden auf 112 Millionen Mark veranschlagt. Ueber den Kanal von Ulm nach dem Bodensee machte der Vortragende folgende Angaben: Der Kanal führt unterhalb der Friedbrunn bei Ulm die Bahn entlang der Biberach durch das Nipstal, wendet sich dann mittels eines Heberwerkes von 19,4 Meter westlich auf die Höhe nach Schussenried, Kallendorf und fällt mit einem Heberwerk von nicht weniger als 132 Meter hinab zur Schussen, deren Lauf er folgt bis zur Mündung in den Bodensee bei Langenargen. Der Aufstieg von Ulm zur Scheidehaltung beträgt 111 Meter, der Abstieg, nach dem Bodensee 180 Meter. Zur Speisung ist der Hebersee, der bis auf 4000 Hektar vergrößert werden und über 100 Millionen Kubikmeter Wasser aufnehmen soll, anzuordnen. Die Länge des Kanals, der gleichfalls für 600 Tonnenschiffe bestimmt ist, beträgt 103 Kilometer. Die Baukosten sind auf 80 Millionen Mark veranschlagt.

**Stuttgart, 24. Jan.** Vom Rathaus. Zum 1. befohlenden Gemeinderat ist in der gestrigen nicht-öffentlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien der seitherige Stadtschultheißenamtssekretär Dr. Ludwig gewählt worden. Man hat von vornherein damit gerechnet, daß die Wahl auf Dr. Ludwig fallen werde. Dr. Ludwig steht seit dem Jahr 1903 in hiesigen Diensten und hat sich hierbei als eine tüchtige Arbeitskraft bewährt, als welche er besonders von Oberbürgermeister v. Gauß sehr geschätzt wird. Der neugewählte befohlende Gemeinderat steht im 36. Lebensjahr; er ist im Jahr 1872 in Jany geboren.

**Jany, 24. Jan.** In dem benachbarten Ort Eisenharz wird seit 6 Wochen durch einen Lehrer für 140 Schulkinder Abteilungs-Unterricht gegeben. Ein Zeichen des herrschenden großen Lehrermangels.

**Friedrichshafen, 24. Jan.** Bei der Neubestellung der zwei offenen Kapitänstellen hat die Generaldirektion den Wunsch an sie herangekommen, 16 wählbaren Stellen aus dem württemberg. Personal, das von der Pike auf, auf den Bodenseeschiffen gedient hat, besetzt werden, inwieweit nachzugehen, als eine der Stellen dem 62-jährigen Steuermann Knöpfle übertragen worden ist. Die zweite Stelle erhielt der seit Jahresfrist als Kanalarbeiter tätige Marinemeister Tobold. Da nun keine weiteren Unteroffiziere der deutschen Marine mehr nach Friedrichshafen berufen sind, dürfte man wohl jetzt begründete Hoffnung haben, daß die Besetzung fürderhin für württembergische Kapitänstellen auch nur württembergische Seeleute berückichtigt.

Ueber den Mord in Stuttgart meldet der Polizeibericht: Donnerstag vormittag, wahrscheinlich gegen die Mittagszeit, wurde in dem Hause Fürstenstraße 4 in ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung die 49-jährige Marie Fuhr, Majers Witwe, ermordet. Die Tat wurde von einem ihrer Logisherren, welcher kurz nach 12 Uhr die Wohnung betrat, entdeckt. Der Leichnam

lag angekleidet über das Bett in einem der vermieteten Zimmer. Die Ermordete hatte einen Ankel in Mund. Wie die bisherigen Feststellungen ergeben, ist in der Wohnung nichts geraubt. Ein Sittlichkeitsverbrechen liegt gleichfalls nicht vor, doch ist ein Versuch nicht ausgeschlossen. Ein verdächtiger Logisherr, der angebliche Entdecker der Mordtat, ist festgenommen worden.

Im Zirkus Hagened, der zur Zeit in Stuttgart gastiert, kam es in der Freitagvorstellung zu einer Panik. In einem Fabrikgebäude unmittelbar neben dem Zirkus brach ein Waschlächtenbrand aus. Als dies im Zirkus bekannt wurde, strömte alles dem Ausgang zu. Erst allmählich beruhigte sich das Publikum wieder.

In der Maschinenfabrik Göttingen geriet der 19 Jahre alte Tagelöhner Münzenmaier aus Königs so unglücklich unter einen zu Fall kommenden Wasserfaß, daß er bald, nachdem er ins neue Krankenhaus gebracht worden war, starb.

Der Bauer Ernst Löhle in Klein, der dieser Tage beim Fällen eines Baumes verunglückte, ist am Freitag seinen Verletzungen erlegen. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie.

In Munderkingen ereignete sich ein schwerer Unfall. Seifenfabrik Georg Erle und Bädermeister Schindler kamen von einem Holzverkauf per Schlitten. In der Nähe des sehr steilen Berges bei der Wirtshaus zum „Hafen“ schaute plötzlich das Pferd und rannte in rasendem Galopp den Berg hinab. Bädermeister konnte noch rechtzeitig abpringen und kam mit kleiner Quetschung davon, während der Besizer und Lenker des Fuhrwerks, Erle, beim Bahnübergang herausgeschleudert wurde, wodurch er einen Schädelbruch schwerster Art erlitt. Er wurde bewußlos nach Hause gebracht.

## Gerichtssaal.

**Stuttgart, 24. Jan.** Prozeß Balz. Zu Beginn der heutigen Verhandlung gegen Regierungsbauinspektor Hoffmann wegen Beleidigung wird zunächst Baurat Kähler als Zeuge vernommen. Er wird über ein Gerücht befragt, wonach die Weissenhofs-Gesellschaft mit Geh. Rat von Balz bei Verkauf von Areal zwei verschiedene Verträge abgeschlossen haben soll. Der Zeuge erklärte, es sei ihm ähnliches mitgeteilt worden. Damit war die Beweisnahme beendet. Der Angeklagte bat jedoch, die Plaidoyers zu vertagen, da er infolge der Verhandlung sehr erschöpft sei. Das Gericht beschloß, die Plaidoyers auf morgen zu vertagen.

**Ellwangen, 24. Jan.** Unter der Anklage eines Verbrechens der erschweren Amtunterschlagung hatte sich der 51 Jahre alte verheiratete Garnisonsverwaltungsinspektor Gottlob Effig von Gmünd vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Die Anklage gründete sich darauf, der Angekl. habe in seiner amtlichen Stellung in Gmünd vom Februar 1906 bis September 1907 amtliche Gelder in Höhe von 6000 Mk. sich widerrechtlich angeeignet, die zur Eintragung bestimmten Rechnungen und Bücher unrichtig geführt, die Quittungen vielfach gefälscht und falsch monatliche Abschlässe gemacht. Der Angeklagte legte ein umfassendes Geständnis ab. Er gab an, daß er von Gläubigern schwer bedrängt worden sei und in einer Notlage sich befunden habe. Sein Gehalt betrug 2400 Mark, wozu noch 650 Mk. Wohnungsgeld kamen. Früher hatte er ein geringeres Einkommen, wodurch er in Schulden geriet, zu deren Deckung er die unterschlagenen Gelder verwendete. Daß er einen übertrieben Aufwand gemacht hätte, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Von den unterschlagenen 6000 Mk. wurden 700 Mk. dadurch gedeckt, daß die Fahrnis des Angeklagten beschlagnahmt und verkauft wurde. Nachdem die Geschworenen die Schuldfrage unter Zubilligung mildernder Umstände bejaht hatten, erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten, unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 3 1/2 Monaten.

**München, 24. Jan.** Vor einiger Zeit erregte es großes Aufsehen, daß ein Kindermädchen in einem Vorort von München, Ida Schnell, fünf ihr anvertraute kleine Kinder nach der Reihe auf raffinierte Weise getötet hat. Das Verfahren gegen sie ist nun eingestellt worden. Eine längere Beobachtung in der Irrenanstalt hat ihre Geisteskrankheit erwiesen.

## Der „goldene Ose“.

**München, 23. Jan.** Das Landgericht München fällt heute in der Klagesache der Breslauer Regenerinnung gegen den Kunsthändler Adolf Stern in Firma A u. F. Drey in München folgendes Urteil: Die beklagte Partei ist schuldig, den Innungsbesitzer der Bretznähten Fleischerinnung Breslau, den sogenannten „Goldenen Osen“ gegen die Zurückgabe des Kaufbetrages von 15.000 Mk. wieder herauszugeben, bezw. den Becher wieder zu beschaffen. Die Kosten wurden der beklagten Partei aufgelegt. Der Becher befindet sich zur Zeit angeblich im Besitze des Königs von England. Der „Goldene Ose“ — eines der bedeutendsten Kunstwerke deutscher Goldschmiedearbeit — war seinerzeit ohne Genehmigung des Breslauer Magistrats, der als Aufsichtsbehörde der Fleischerinnung zuständig ist, von der Innungskommunikation der Schlichter in Breslau heimlich verkauft worden, um ein Defizit der Innung zu decken. Von München ist der Becher inzwischen nach England verkauft worden. Der Magistrat von Breslau hat die Innung angehalten, den Becher zurückzuschaffen. Darauf klagte die Breslauer Regenerinnung. Nach fast zweijähriger Dauer ist jetzt obiges Urteil ergangen. Wie die beklagte Firma die Beschaffung bewerkstelligen soll, darauf darf man wohl neugierig sein.

**Berlin, 24. Jan.** Das gegen den Grafen Lynar gefällte kriegsgerichtliche Urteil wird rechtskräftig werden. Wie das Berliner Tagblatt erfährt, hat der Anwalt des Grafen nach Rücksprache mit seinem Klienten auf jedes weitere Rechtsmittel verzichtet.

## Kunst und Wissenschaft.

**Mannheim, 24. Jan.** Das gestrige Konzert des Raimorchesters konnte nicht stattfinden, weil die

Orchester-Mitglieder streikten. Sie hatten sich mit einem von Hofrat Dr. Kaim entlassenen Mitglied solidarisch erklärt. Eine Neubildung des Orchesters soll im Gange sein.

## Der dreifache Schwesternmord.

Der Bruder als Mörder verhaftet.

Ein graufiges Verbrechen, das vor mehr als vier Jahren in Botenwald in Mähren an drei Schwestern verübt wurde, scheint jetzt mit der unter dem dringenden Verdacht des Mordes erfolgten Verhaftung des Bruders der drei Mädchen eine ebenso entsetzliche Aufklärung gefunden zu haben. Wir haben über die Sache bereits kurz berichtet.

In der Ortschaft Botenwald im Bezirk Reutitschein in Oesterreichisch-Mähren lebte die Witwe Rosalie Krizschle in ihrem eigenen Häuschen. Sie hatte vier Töchter, von denen die älteste, Aloisia, mit dem Eisenbahngestellten Karl Mänster in Odsfurt verheiratet war, während die anderen drei, die 17 Jahre alte Ottilie, die 13 Jahre alte Hermine, und die 10 Jahre alte Augustine unter ihrem Dach lebten; ferner war ein Sohn, der 1881 geborene Johann vorhanden, der um jene Zeit Lagerverwalter bei der Nordbahn war. Am 28. November 1903 erhielt Frau Krizschle eine in Odsfurt ausgegebene Depesche, unterschrieben von ihrer Tochter Aloisia, worin sie aufgefordert wurde, sofort nach Odsfurt zu kommen, da der Schwiegerjohn im Sterben liege. Die Frau fuhr mit dem nächsten Zuge nach Odsfurt und erfuhr dort, daß das Telegramm gefälscht war.

Frau Krizschle hat ihren Sohn Johann, der bei dem Ehepaar Mänster wohnte, er möge nach Botenwald zurückfahren und die zurückgebliebenen drei Schwestern aufklären und beruhigen. Krizschle fuhr auch nach Botenwald, wo er aber erwiesenermaßen entgegen seinem Auftrage — die Mädchen auf ein längeres Ausbleiben der Mutter vorbereitete. Er fuhr nach Odsfurt zurück und berichtete, die Töchter ließen der Mutter sagen, da sie schon einmal in Odsfurt sei, solle sie nur einige Tage dort bleiben und sich erholen. Frau Krizschle ließ sich von ihrem Sohn zum Weiben bewegen, zumal da er versprach, er werde sie auf der Heimreise begleiten. Als sie am 2. Dezember mit Johann die Rückreise antrat, hörte sie schon auf dem Wege die Schreckens Kunde, daß die Töchter in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember ermordet worden seien. In größter Aufregung eilte sie zum Wohnhaus. Hier lag Augustine, mit der Hand der Frau Krizschle erschlagen, im Bette; im Runde hatte die Leiche ein Stück Wollstrang. Ottilie, ein auffallend hübsches Mädchen, lag ebenfalls als Leiche erwürgt im Bette. Hermine wurde in einem Holzschuppen erwürgt aufgefunden. Auf ihrem Kopf lag ein etwa 20 Kilogramm schwerer Stein. Die Gerichtskommission stellte fest, daß weder etwas geraubt, noch ein Sittlichkeitsattentat verübt worden war. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich zunächst gegen einen Bahnarbeiter, der Ottilie Krizschle mit Liebesanträgen verfolgt hatte, von ihr jedoch zurückgewiesen worden war. Er wurde in Haft genommen, doch mußte das Verfahren gegen ihn eingestellt werden.

Im Orte und in der Umgebung sprach dann alles davon, daß nur Johann Krizschle der Mörder sein könne. Es wurde festgestellt, daß Johann Krizschle in der kritischen Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1903 in Odsfurt fehlte. Seine Angabe, daß er die Nacht in einem Wagon auf dem Bahnhof in Mährisch-Odrau zugebracht habe, konnte er nicht beweisen. Die Schrift auf dem Telegrammformular, das die Mutter abrief, ergab dem „N. W. Z.“ zufolge eine überraschende Ähnlichkeit mit der des Johann Krizschle. Sachverständige erklärten beide Schriftproben für identisch. Dazu kam, daß die Tat nur jemand begehen konnte, der mit den Verhältnissen der Familie Krizschle sehr vertraut war. Man erfuhr ferner, daß Johann in Odsfurt am 1. Dezember geäußert hatte, er müsse sich für die folgende Nacht, vom 1. zum 2. Dezember, um jeden Preis freimachen. Bekannt war, daß die drei Schwestern das Haus nur gut bekannten Personen zu öffnen pflegten. Als der Mord entdeckt wurde, war das Tor geschlossen, und der Schlüssel fehlte. Es fand sich ein Zeuge, der sich erinnern will, daß Krizschle einige Zeit nach der Tat einen Schlüssel mit einer eigentümlichen Bemerkung weggenommen habe. Krizschle hatte nach der Tat Verletzungen an der linken Hand, die er sich beim Tragen eines Schafes zugezogen haben will.

Diese und andere Umstände lenkten den Verdacht der Täterschaft auf Krizschle. Allein auch das Motiv wurde erklärlich, wenn man Johann Krizschle als den Mörder in Betracht zog. Auf dem Besitze der Rosalie Krizschle, der einen Gesamtwert von 3000 Kronen hatte, lagerte für jedes der getöteten Mädchen ein Erbteil von je 200 Kronen. Außerdem waren Johann Krizschle und seine Schwester Aloisia bei der Wiener Lebensversicherungsanstalt mit je 1000 Kronen versichert unter der Bedingung, daß von diesen Summen gleichgroße Teile den drei jüngeren Schwestern zukommen sollten. Dadurch, daß die drei Schwestern beseitigt wurden, wurden nicht nur die Beträge, sondern auch das Haus für Johann Krizschle und Aloisia Mänster von den übrigen Erbschaften, den Lasten für die Ermordeten, frei. Tatsächlich hat Johann Krizschle am 3. Januar v. J. die Versicherungssumme von 1000 Kronen ausbezahlt erhalten.

Als Krizschle am 16. Januar d. J. in Wien eintraf und sich in einem Kasernenquartier einlogierte, wurde er von der Kriminalpolizei in Haft genommen. Er leugnete die Täterschaft, verwickelte sich jedoch in dem Verhör wiederholt in Widersprüche und konnte über verschiedene wesentliche, ihn belastende Einzelheiten keine genügende Aufklärung geben. Krizschle ist Schneider von Beruf. Er arbeitete dann bei der Nordbahn als Lagerarbeiter, wurde nach dem Mord in Botenwald wegen Diebstahls zu zwei Monaten Kerker verurteilt und verlor den Posten. Er wurde dem Landesgerichte eingeliefert.

**Handelskammer-Wahl betr.**

Bei der am 12. ds. Mts. in Neuenbürg stattgehabten Gauversammlung des Gewerbevereins des nördl. Schwarzwaldes stand u. a. die am 28. ds. Mts. stattfindende Handelskammerwahl zur Beratung. Aus der Handelskammer scheiden aus folgende Herren: Münster-Freudenstadt, J. Koch-Hochdorf und Dreiß-Calw. Die Herren Münster-Freudenstadt und Koch-Hochdorf wurden von den anwesenden Vertretern einstimmig wieder als Kandidaten aufgestellt, desgleichen Herr Kaufmann Nädiger-Herrenberg, an Stelle des verstorbenen Stöffler-Herrenberg. Der Gewerbeverein Neuenbürg beantragt, an Stelle des Herrn Dreiß-Calw einen weiteren Vertreter für den Neuenbürg bezirk aufzustellen in der Person des Herrn Arthur Schmid, da seit 3 Jahren durch Ausscheiden des Herrn Kommerzienrat Schmid-Neuenbürg aus der Handelskammer der Bezirk, welcher für die Handelskammer finanziell am leistungsfähigsten sei, nur einen Vertreter habe, während

Calw 3 Vertreter besitze. Herr Luz-Altensteig fährt hierauf aus, daß man vor 3 Jahren allgemein der Ansicht war, als Nachfolger des Herrn Schmid sen. werde Schmid jr. folgen, da aber eine in Neuenbürg eingetragene Erklärung nach dem Kandidaten Schmid denselben nicht als empfehlenswert dargelegt habe, sei die Stimmung anders geworden und somit zu Gunsten des Herrn Dreiß-Calw ausgefallen. Betrachtet man nun die damalige Situation, so hält man es gewiß nicht für verständlich, wenn der Gewerbeverein Neuenbürg seinen Kandidaten nochmals präsentiert, denn einzig und allein war die Empfehlung von Neuenbürg selbst für Herrn Schmid-Neuenbürg der Grund zum Durchfall. Um dem Bezirk gerecht zu werden, wurde bei der Versammlung in Neuenbürg als Gewerbe- und Handels-treibender, der Kunstmühlebesitzer Eugen Pfau, ein in den Oberämtern Neuenbürg, Calw, Nagold und Altensteig bekannte Persönlichkeit, dessen Charakter für objektive Handlung bürgt und von jedermann empfohlen wird, zur Wahl vor-

geschlagen. Bei der letzten Wahl standen sich an Stelle des Herrn Kommerzienrat Schmid-Neuenbürg, Herr Dreiß-Calw, Herr Bähner, damaliger Bankdirektor, Wildbad und Herr Arthur Schmid-Neuenbürg gegenüber. Herr Dreiß-Calw erhielt 79 Stimmen, Herr Bähner, jetziger Stadtschultheiß in Wildbad 74 Stimmen, Herr Schmid-Neuenbürg nur 42 Stimmen. Wenn der Bezirk Neuenbürg 2 Vertreter haben soll, so wird die Antwort nicht schwer zu finden sein, denn es wird sich jeder Wähler sagen, wir wählen am Dienstag, den 28. Januar 1907 nur empfohlene Männer und dies sind:

- Herr Münster-Freudenstadt,
- " Koch-Hochdorf,
- " Nädiger, Kaufmann, Herrenberg,
- " Pfau, Kunstmühlebesitzer, Wildbad.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur E. Reinhardt, daselbst.

**Todes-Anzeige.**

Tieferschüttert teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Karoline Treiber**  
geb. Eitel

im Alter von 65 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung Dienstag nachmittag 3 Uhr.

**Versteigerung.**

Am Montag, den 3. Februar 1908 versteigere ich wegen Umzug von vormittags 10 Uhr ab gegen Barzahlung:

1 Sofa, 1 Komode, 1 Tisch, 2 Bettladen (verschiedene Bettstücke), 1 Bettrost samt Polster, mehrere Stühle, 1 Schneidstuhl, Faß- und Bandgeschirr, Küchengeräth, Weißzeug und sonst. verschiedenen Hausrat.

Martin Odermatt, Löwenbergstr. 217.

**Militär-Verein Wildbad**  
„Königin Charlotte“.

Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers, versammelt sich der Verein am

**Montag, den 27. Januar 1908**

abends 8 Uhr im Gasthof zum „Goldenen Ochsen“.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Den 24. Januar 1908

Der Vorstand.

**Philipp Bosch, Wildbad**  
Telefon No. 32

= empfiehlt sein großes Lager in =

**Aussteuer-Artikeln:**

**gebleichte und rote Handtuchzeuge**

**Resten!**

6 Meter	— 1/3 Dzd.	Mt. —.70
6 "	— 1/2 "	" —.90
6 "	— 3/4 "	" 1.10
6 "	— 1 "	" 1.40
6 "	— 1 1/2 "	" 1.50 usw.

**gebleichte Halbleinen**  
82/3 cm. breit, per Meter 50, 60, 65 Pfg. rasengebleicht, 75, 85, 95, 100, Pfg. 160 cm. breit Mt. 1.—, 1.20, 1.40, 1.75

**Reinleinen (Wiesenbleiche)**  
88 cm. breit, per Meter Mt. 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 160 cm. breit, per Meter Mt. 2.40, 2.90, 3.30 usw.

**gebleichte Damaste**  
88 cm. breit 50, 55, 65, 75, 80 Pfg. 1.30 cm. breit 95, 1.20, 1.40, 1.60, 1.80 usw.

**gebleichte Pelz-Bique u. Pelz-Croise**  
78/80 cm. breit, per Meter 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 90 Pfg. usw.

gebil. Madapolam, Cretonne, Renforce, Mato, 88 cm. breit, per Meter 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 Pfg. usw.

**Bettzeuge, Cölsche**  
82/3 breit, farbig 35, 45, 50, 60, 75, 80 Pfg. per Meter

**Cretonne-Satin Augusta**  
prachtvolle Dessin  
80 cm. breit 40, 45, 50, 60, 65, 70 Pfg. 130 cm. breit 75, 90, 1.05, 1.10 usw.

**Baumwollfanelle**  
per Meter 35, 40, 45, 50, 55, 60, 75 Pfg.

**Schürzenzeuge**  
116/120 breit 50, 70, 80, 90, 100 Pfg. usw.

**Bettbarchente, Flaum- und Bettdrille, Bettfedern usw.**

**Tischdecken**  
in Tuch und Plüsch  
— von Mark 1.60 an bis Mark 30.—

Bettvorlagen, Tischunterlagen, Wolldecken usw.

Die Handelskammerwahl findet morgen Dienstag von 3—5 Uhr auf dem hiesigen Rathaus statt.

Besser und billiger  
als jede Konkurrenz.



Große Posten  
**Herren-,  
Damen- u.  
Kinderstiefel**  
sowie alle  
**Winter Schuhwaren**  
außerordentlich preiswert

**LEO MÄNDLE'S**  
Schuh-Fabriklager  
**PFORZHEIM**  
Doimlingstrasse Ecke Markt.  
Reparaturen billigt.

\*\*\*\*\*  
Fertige Strümpfe,  
Socken, Längen,  
Kinder-Strümpfe  
mit Knieverstärkung,  
Kinder-Kittel,  
gut und schön gestrickt, empfiehlt  
Frau Flaschner Beck.  
Hauptstraße 85 a.  
Pr. gestrickte Sweaters  
empfiehlt Die Obige.  
\*\*\*\*\*

**Naumanns Nähmaschinen**  
Jährliche Produktion 100000 Stück



sind in einer Anzahl von über 2 Millionen über die ganze Erde verbreitet, ein Resultat, das keine deutsche Fabrik aufzuweisen hat.

Der Beltruf, den die Naumann'schen Maschinen genießen, bietet jedem Käufer sichere Garantie für ihre hervorragende Güte und Gediegenheit.

Zur Kunststickerei sind Naumann's Nähmaschinen besonders geeignet.

Alleinverkauf der „Naumann-Maschine“ mit Kugellager-Gestell und patentierter Fußbank nur bei

**S. Grübel, Stuttgart**  
Nähmaschinenlager aller Systeme. — Gegründet 1878.  
Vertreter für Wildbad:  
**H. Riexinger, Messerschmied**  
Reparaturwerkstätte, Lager in Nähmaschinenadeln, Del, Spulringen Spulen und sämtlichen Bestandteilen.

**Prima  
helles Flaschenbier**  
(Pilsner Brauart)

sowie  
**dunkles Flaschenbier**  
(Münchener Brauart)

Originalabfüllung aus der „Brauerei Sinner, Grünwäntel“ empfiehlt

**K. Trautz z. bad. Hof.**

**Geschwister Freund**  
empfehlen in großer Auswahl:  
**Taschentücher, Schürzen**  
für Damen und Kinder  
**Spitzkragen, Unterröcken,  
Blusen, Kostümrocken, Korsetten  
Handschuhe.**

**Wilhelm Treiber,**  
Schuhmachermeister,  
Hinter Hotel Klump . . . . . Serrengasse 17  
empfiehlt sein großes Lager

**erstklassiger Schuhwaren**  
für Herren, Damen und Kinder.

**Jagd- und Touristen-Stiefel.**

Ebenfalls empfehle ich Leder-Gamaschen per Paar 6 Mark und Goden-Gamaschen per Paar 5.80 Mark.

**Nähmaschinen**  
alter Systeme und Fabrikate  
liefert billigst

**Heinrich Bott**  
Zubehör und Ersatzteile sowie Reparaturen  
prompt und billig.



